MAGAZIN DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

SEPTEMBER 2021

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



©NÖ LANDESFEUERWEHRVERBAND

UNWETTERKATASTROPHEN

WENN DER SOMMER **INS WASSER FÄLLT**

INTERVIEW

NÖ GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT **PRESSL ÜBER SEINE PLÄNE**

STEUER

WERBUNGSKOSTEN FÜR DAS **HOMEOFFICE**

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 022032903 M



Kommunale Ladelösungen
für E-Fahrzeuge

E-Mobilität ist weiterhin stark im Kommen. Mit attraktiven Ladelösungen können Gemeinden ihren Standort aufwerten und ein sichtbares Zeichen für umweltschonende Mobilität setzen. Öffentlich zugängliche Ladestationen für E-Fahrzeuge sind nicht nur ein attraktives Extra für die eigenen Bürgerinnen und Bürger, sie ziehen auch zusätzliche Gäste und Touristen in den Ort. Und wer für die Ladezeit noch interessante Einkaufs- oder Freizeitmöglichkeiten bieten kann, hat die Nase doppelt vorne.

Einfache Umsetzung mit dem EVN Komplettpaket

Mit individuell gestaltbaren Komplettpaketen macht das E-Mobilitätsteam der EVN Niederösterreichs Gemeinden den Einstieg in die E-Mobilität ganz einfach. Hier kommt alles aus einer Hand: von Beratung, Planung und Errichtung über den Betrieb inkl. Wartung bis zur Abrechnung der Ladevorgänge. In Abstimmung mit den Gemeindeverantwortlichen werden geeignete Standorte evaluiert. Synergien zu Einkaufsangeboten, der örtlichen Gastronomie und Sehenswürdigkeiten werden berücksichtigt.

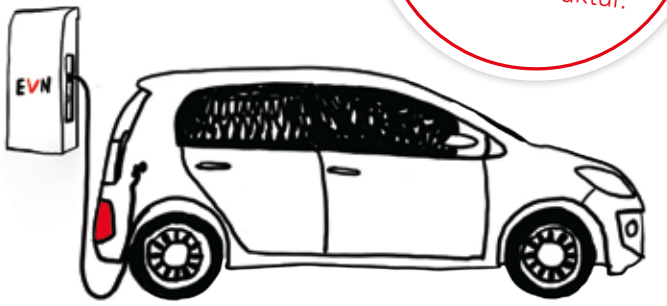
Einbindung in Österreichs größtes Ladenetz

Damit die neue Ladestation von E-Mobilisten leicht gefunden wird, bindet die EVN diese in die kostenlos erhältliche EVN „Autoladen"-App ebenso wie in anderen Ladestationsfindern ein. So wird sie Teil des größten flächendeckenden Ladenetzes Österreichs, das laufend erweitert wird.

Betrieb, Wartung und Störungsdienst

Besonders einfach gestaltet sich der laufende Betrieb für die Gemeinde. Die EVN kümmert sich nicht nur darum, dass die Ladeinfrastruktur problemlos läuft, sondern übernimmt optional auch alle Pflichten und die Verantwortung des Anlagenbetreibers. Auf Wunsch führt die EVN auch die gesamte Abrechnung und Zahlungsabwicklung von Ladungen durch.

Tipp:
Holen Sie sich vom Bund attraktive Förderungen für E-Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur.



Mehr Informationen:
finden Sie unter Energie Dienstleistungen auf www.evn.at/Gemeinden.

EVN

INHALT

NÖGEMEINDE

SEPTEMBER 2021

POLITIK

04 WENN DER SOMMER INS WASSER FÄLLT
UNWETTERKATASTROPHEN HIELTEN DIE BLAULICHT-ORGANISATIONEN IN ATEM



© NÖ LANDESFEUERWEHRVERBAND

06 „DIE AUTONOMIE UNSERER GEMEINDEN SCHÜTZEN“
PRÄSIDENT JOHANNES PRESSL ÜBER SEINE PLÄNE FÜR DEN NÖ GEMEINDEBUND

10 DER PRÄSIDENT AUF TOUR
PRÄSIDENT PRESSL UNTERWEGS IN DEN BEZIRKEN

12 GEMEINDECHEFINNEN WÜNSCHEN SICH BESSERE SOZIALE ABSICHERUNG
DIE FORDERUNGEN BEIM BÜRGERMEINSTERINNEN-TREFFEN IN ST. ANTON AN DER JESSNITZ

RECHT & VERWALTUNG

21 BESCHAFFUNG VON STRASSENFAHRZEUGEN
MINDESTQUOTE AN UMWELTSCHONENDEN FAHRZEUGEN

22 WERBUNGSKOSTEN FÜRS HOMEOFFICE
DIE STEUERLICHEN ÄNDERUNGEN



© DEAGREEZ - STOCK.ADOBE.COM

AUS ERSTER HAND

DER KLIMAWANDEL DEFINIERT **UNSERE ROLLE ALS BÜRGERMEISTER** NEU



Schwere Unwetterkatastrophen Hagel, Murenabgänge, Überflutungen und Sturmschäden haben im heurigen Sommer viele Bürgermeister beschäftigt. Der Klimawandel ist die unzweifelhafte Ursache für diese immer extremeren Regenfälle.

Bürgermeister Fritz Salzer aus dem Scheibbser Wolfpassing war mit seiner Gemeinde einer der Betroffenen. Gleich mehr als das Doppelte als bei den stärksten Regenereignissen seit der Aufzeichnung hat es bei ihm an nur einem Tag geregnet. Und da ist man nicht nur machtlos, hat mir Salzer geschildert, sondern da bist du auch mit der gesamten persönlichen Emotion dabei, wenn Menschen, für die du als Bürgermeister Sorge hast, schwer betroffen sind oder Straßen und Gemeindeanlagen, die du sicher geglaubt hast, den Bach runter gehen.

„Der Bürgermeister ist auch dann noch mit dem Schaden beschäftigt, wenn alle anderen, die im Moment wirklich großartig geholfen haben, schon lange weg sind“, erzählt Salzer: „Bei der Schadenskommission, bei der Organisation vieler Behördenwege für die Betroffenen, bei der Reparatur der Schäden an den öffentlichen Anlagen und wenn´s dann noch ums Finanzieren und Abrechnen geht oder um nachfolgende Schutzprojekte, damit das Ereignis möglichst nicht wieder kommt“, so der Bürgermeisterkollege.

Ja, als Bürgermeister waren wir in der Katastrophe immer schon Krisenmanager, Kommunikator, Mangelverwalter, Motivator, Tröster, Wieder-Ermöglicher, Projektmanager ... – und das solange, bis der letzte Schaden aufgeräumt und die letzte Emotion bewältigt ist. Nur der Klimawandel definiert diese Rolle jetzt nochmals neu: Weil die Ereignisse immer öfter kommen, weil sie unvermutet kommen und letztlich in einer Dimension kommen, vor der man sich selbst mit dem größten technischen Aufwand – oft auch nicht mehr sinnvoll - schützen kann.

Klimawandelanpassung wird also für uns als Bürgermeister auch heißen, dass wir uns auf diese neue Dimension von Katastrophen persönlich einstellen müssen! Denn die Menschen brauchen uns gerade dann noch mehr, um sich bei uns „anhalten zu können“!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT

UNWETTERKATASTROPHEN

WENN DER SOMMER **INS WASSER FÄLLT**

NIEDERÖSTERREICHS BLAULICHT-TEAMS HATTEN IN DEN SOMMERMONATEN ALLE HÄNDE VOLL ZU TUN – MIT DEN FOLGESCHÄDEN WERDEN SICH VIELE BÜRGERMEISTER NOCH ETWAS LÄNGER BESCHÄFTIGEN MÜSSEN. **VON BERNHARD STEINBÖCK**

Mit seinen teils katastrophalen Unwettern wird der Sommer 2021 im deutschsprachigen Raum wohl in die Geschichte eingehen. Während Dauerregen in Teilen Deutschlands vergangenen Juli 170 Menschen das Leben kostete, kamen weite Teile Niederösterreichs mit dem Schrecken davon – jedoch mit sichtlichen Spuren …

WASSERMASSEN – 100 LITER PRO M²

Ein Tiefdruckgebiet über Norditalien schaufelte Mitte Juli fast zwei Tage lang enorme Regenmengen nach Niederösterreich. Die Folge waren massive Niederschläge in der Größenordnung von über 100 Liter pro m² innerhalb kürzester Zeit. Die Wassermassen fluteten über Wiesen und Felder kommend ganze Ortschaften, bevor sie in den Fluss- und Bachbetten für Hochwasser sorgten. Innerhalb kürzester Zeit standen 350 Freiwillige Feuerwehren im Unwettereinsatz – mehrere Orte wurden zu Katastrophengebieten erklärt, darunter auch das Mostviertler Schönbühel-Aggsbach.



Im Bezirk Melk traf es die Gemeinde Schönbühel-Aggsbach am schlimmsten. In der örtlichen Volksschule stürzte sogar die Kellerdecke ein.

AGGSBACH UNTER WASSER

„Zum Glück, möchte ich fast schon meinen, weil wir dadurch schätzungsweise 800 Ersthelfer in den weiteren Tagen zur Verfügung hatten“, schildert Bürgermeister Erich Ringseis seine Sicht der Dinge. Eine reißende braune Brühe, die auch Fahrzeuge und einen großen Container mit sich riss, setzte das Dorf unter Wasser und überflutete auch das Hochwasserschutzlager und das Feuerwehrhaus der Donaugemeinde. In der örtlichen Volksschule stürzte sogar die Kellerdecke ein. Die „Wachauer Radtage“, eine Großveranstaltung mit mehreren hundert Teilnehmern, mussten aufgrund der Unwetter abgebrochen werden. „Eigentlich ein Wunder, dass es bei so einer Katastrophe keine Verletzten gegeben hat, wenn man mitansehen muss, welche Wucht das Wasser mit sich bringt. Ich vermute, dass das Hochwasser einen Schaden von bis zu zwei Millionen Euro verursacht hat“, gibt der Bürgermeister eine erste vorsichtige Schätzung ab.
Trotzdem ist Ringseis positiv gestimmt: „Es muss ja immerhin weitergehen. Außerdem haben uns Landeshauptfrau Mikl-Leitner und -Stellvertreter Pernkopf finanzielle Hilfe aus dem Katastrophen-Fonds zugesichert. Auch durch Hilfe von Bund und Land haben wir in der Gemeinde ein gutes Gefühl, unterstützt zu werden, vor allem, wenn man so viele freiwillige Helfer innerhalb kürzester Zeit vor Ort hat. Deshalb blicken wir trotz des immensen Schadens positiv in die Zukunft.“ Bis Sonntagabend standen mit Schwerpunkt im Mostviertel weit über 5000 Feuerwehrleute, aber auch Hilfskräfte des Roten Kreuzes, des Arbeiter Samariterbundes, der Wasserrettung, der Bergrettung, des NÖ Zivilschutzverbandes, der Polizei und des Österreichischen Bundesheeres im Hochwassereinsatz.



„MAN KANN EINFACH NUR DANKBAR SEIN, SOLCH EIN NETZWERK ZU HABEN, DAS DICH ALS BÜRGERMEISTER VON BEGINN AN UNTERSTÜTZT.“

JOHANN BAUER
BÜRGERMEISTER VON SCHRATTENBACH

FOTO: NÖ LANDESFEUERWEHRVERBAND //



Feuerwehrbesprechung beim Einsatz in den Gemeinden Paudorf und Furth bei Göttweig.



FOTO // MATTHIAS FISCHER / WWW.FOTOMEISTER.AT/

Einsatz der FFW Langenlois.

FAUSTGROSSE HAGELKÖRNER

Mit enormen Hagelschäden hatte Schrattenberg (Bezirk Mistelbach) zu kämpfen. Ein regelrechter Hagelsturm fegte über die 800 Seelengemeine hinweg. Faustgroße Hagelbrocken schlugen Löcher in Dächer, Eterniteindeckungen glichen einem Schweizer Käse, Photovoltaikanlagen wurden zerschlagen und Windschutzscheiben zahlreicher Autos eingeschlagen. „Derzeit haben wir erst ein Drittel des Schadens repariert. Auch ich muss mir im Haus noch mit Kübeln und Töpfen helfen, wenn es zu regnen beginnt“, fasst Bürgermeister Johann Bauer die Situation zwei Monate später zusammen. Er hofft, dass zumindest von allen Wohnhäusern bis zum Herbst die Planen weg sind. Die Reparatur aller Nebengebäude würde sich selbst bei den zahlreichen Ansuchen diverser Dachdecker in diesem Jahr wohl nicht mehr ausgehen. „Man kann dann einfach nur dankbar sein, solch ein Netzwerk zu haben, das dich als Bürgermeister von Beginn an unterstützt. Ich denke da an das Land und vor allem die Blaulichtorganisationen, die einen großartigen Zivilschutzplan ausgearbeitet haben. Da fühlt man sich als Bürgermeister zwar ziemlich in der Verantwortung, aber weiß einfach: So groß die Katastrophe auch ist, man wird als Bürgermeister nicht alleine gelassen“, berichtet Bauer und streicht schließlich noch die Solidarität der Zivilbevölkerung hervor: „Von Beginn an waren Leute bei uns, die uns ihre Hilfe, Dachziegeln und Schindeln angeboten haben. Das rührt einen und gibt vor allem die nötige Kraft für die schwierigen Aufbauarbeiten, die noch vor uns stehen.“



„EIGENTLICH EIN WUNDER, DASS ES BEI SO EINER KATASTROPHE KEINE VERLETZTEN GEGEBEN HAT.“

ERICH RINGSEIS
BÜRGERMEISTER VON SCHÖNBÜHEL-AGGSBACH



Rundum sorglos an 365 Tagen im Jahr

Wir sind für Sie im Einsatz!

Der Maschinenring ist Ihr Partner, wenn es um professionelle Grünraumpflege und Forstdienste, um Baumkataster, -kontrolle und -pflege, Reinigungsdienste, Gartenbau oder zuverlässigen Winterdienst geht.
Unser Expertenteam ist gerne für Sie da.

Kontaktieren Sie uns!

Maschinenring-Service NÖ-Wien
18x in Niederösterreich - ganz bestimmt auch in Ihrer Nähe!
E service.noe@maschinenring.at
T 059060-300
Ihren regionalen Ansprechpartner finden Sie auf **www.maschinenring.at**

Maschinenring

IM GESPRÄCH

„DIE **AUTONOMIE UNSERER GEMEINDEN** SCHÜTZEN"

JOHANNES PRESSL IST SEIT JULI PRÄSIDENT DES NÖ GEMEINDEBUNDES. IM INTERVIEW SPRICHT ER ÜBER SEINEN WERDEGANG UND SEINE ZIELE. VON HELMUT REINDL

Wie sind Sie in die Politik gekommen?
Johannes Pressl: Die Liebe hat mich nach Ardagger gezogen. Dort habe ich mich rasch in der Dorferneuerung engagiert. Dadurch wurde man in der ÖVP auf mich aufmerksam und hat mir einen Listenplatz für die Gemeinderatswahl 1995 angeboten. Ich wurde tatsächlich gewählt und war damit in der Gemeindepolitik.

Was war Ihre Motivation?
Ich habe die Dorferneuerung als Möglichkeit gesehen, im Ort etwas zu bewegen. Nach meiner Wahl wurde ich dann auch Umweltgemeinderat und konnte einige Projekte erfolgreich umsetzen. Das hat mich begeistert.

Sie sind studierter Landschaftsplaner, ausgebildeter Unternehmensberater und waren im Regionalmanagement tätig. Welche Erfahrungen, die Sie in Ihrem Beruf gemacht haben, können Sie als Bürgermeister verwerten?
Aus der Landschaftsplanung konnte ich sehr viel mitnehmen, weil das ein Querschnittsstudium ist, in dem es um Raumplanung geht, genauso um Straßen-, Wasser- und Landschaftsbau und wo ich auch viel über Gestaltung und Nutzerbedürfnisse gelernt habe. Das braucht man in der Gemeinde bei fast allen Bauvorhaben, egal ob es um Wegeführungen oder etwa Spielplätze geht. Auch Siedlungsplanung, Grünraumgestaltung oder Hochwasserschutz waren bei meinem Studium wichtige Themen.
Gefehlt hat mir im Studium anfangs die Wirtschaftskompetenz. Das habe ich mit einer Abschlussarbeit in Agrarökonomie und der Ausbildung zum Unternehmensberater nachgeholt. Gerade in der Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinde hat mir das sehr geholfen. Denn wenn man als Gemeinde investiert, etwa jetzt beim Glasfaserausbau, dann muss sich das auch rechnen. Dieses wirtschaftliche Denken sind wir auch in der öffentlichen Verwaltung den Steuerzahlern schuldig! Auch Mitarbeiter- und Verhandlungsführung waren Teil der Unternehmensberaterausbildung, und das kann man als Bürgermeister natürlich auch bestens anwenden.
Im Regionalmanagement habe ich dann noch „überregionales Denken und Kooperation" gelernt. Von einem breiten Netzwerk in der Region profitiere ich noch heute. Genauso vom Wissen als Regionalmanager über Finanzierungen, Förderungen und Projektentwicklung.

Auf welche Erfolge als Bürgermeister sind Sie am meisten stolz?
Es gibt da nicht ein bestimmtes Projekt, dass ich hervorheben möchte. Ich fühle mich in der Rolle als Bürgermeister einfach wohl und glaube, dass es auch für die Bevölkerung „passt". Das ist etwas sehr Schönes – nicht nur für mich, sondern auch für das gesamte Team in meiner Gemeinde, dem ich an dieser Stelle von Herzen für die großartige Arbeit und auch für die Unterstützung bei meiner neuen Funktion dankbar bin.

Ardagger ist aufgrund der Lage an der Donau immer wieder durch Hochwasserereignisse betroffen. Wie geht man damit um, wenn man Menschen dazu bringen muss, ihre Häuser zu verlassen?
Bei den Hochwässern 2002 und 2013 mussten jeweils 80 Häuser evakuiert werden. Wichtig ist dabei, dass man, auch wenn wenig Zeit ist, den Betroffenen erklärt, warum die Evakuierung notwendig ist. Gerade in einer Krise ist Wissen

> DA, WO WIR ZUSTÄNDIG SIND, MÜSSEN WIR IMMER WIEDER **KONSEQUENT VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.**

INFO

Der NÖ Gemeindebund im Internet

www.gemeindebund.at
die Internet- und Service-Seite

www.meinegemeinde.blog
die Austausch- und Info-Plattform

www.facebook.com/noegemeindebund
aktuelle Neuigkeiten auf Facebook



Johannes Pressl im Gespräch mit NÖ Gemeinde-Chefredakteur Helmut Reindl.

und Information das erste was die Menschen brauchen! Schließlich muss man aber auch klarmachen, dass es in einer Gefahrensituation kompromisslos ist, das Haus zu verlassen. Wir haben in Ardagger übrigens auch dauerhaft Häuser abgesiedelt, Das ist ein langer Prozess, um die Menschen zu überzeugen. Man muss auf das Lebensumfeld und die Bedürfnisse eingehen oder bei älteren Menschen auch denKontakt zu Verwandten und Kindern suchen, um zu überzeugen und neue Möglichkeiten für die Menschen zu finden! Es ist viel Zeit notwendig, um die Entscheidung für eine Abwanderung wachsen zu lassen.

Sie haben einen persönlichen Blog und sind auf Social Media enorm aktiv. Wie nutzen Sie Facebook und Co? Wird das Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen?
Soziale Medien sind schon auch dazu da, um die eigene Arbeit darzustellen. Das gehört in der Politik dazu und ich habe die neuen Medien anfangs auch vor allem dazu genutzt. Mittlerweile beschränke ich mich aber eher auf die Vermittlung von Informationen. Das war vor allem in der Pandemie sehr wichtig, weil das Informationsbedürfnis der Bevölkerung sehr groß war. Das wurde und wird sehr gut angenommen.

Der Zeitaufwand für Ihre Social-Media-Aktivitäten muss enorm sein. Wann finden Sie die Zeit dazu?
Ich schreibe meistens in der Früh, weil tagsüber kaum Zeit dafür ist.

Wird der NÖ Gemeindebund in Zukunft auch verstärkt auf Social Media präsent sein?
Es gibt bereits einen Blog unter **www.meine-gemeinde.blog**, auf dem wir über aktuelle Geschehnisse berichten. Außerdem ist der NÖ Gemeindebund jetzt auch auf Facebook aktiv.

Was sind Ihre Visionen und Ideen für den NÖ Gemeindebund?
Wichtig ist mir, die Autonomie unserer Gemeinden weiterzuentwickeln. Einerseits in Richtung größtmögliche Eigenverantwortung, die uns aber wiederum den eigenständigen Gestaltungsspielraum sichern soll. Denn da, wo wir zuständig sind, müssen wir immer wieder konsequent Verantwortung übernehmen. Und wo wir die Verantwortung haben, da brauchen wir auch die Ressourcen dazu. Und da möchte ich die Bürgermeisterkollegen unterstützen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie ihren Job bestmöglich machen können.
Andererseits muss es in Zukunft noch klarere Grenzen geben, wofür die Gemeinden verant-

ZUR PERSON

Johannes Pressl wurde 1970 als erstes von fünf Kindern eines Landwirtepaares geboren und wuchs in St. Georgen am Ybbsfelde auf.
Nach dem Präsenzdienst studierte er von 1989 bis 1995 Landschaftsplanung an der Universität für Bodenkultur in Wien. Danach folgte eine Weiterbildung zum land- und forstwirtschaftlichen Berater und eine Ausbildung zum Unternehmensberater.
Seinen beruflichen Werdegang begann Pressl als Projektleiter in der Mostgalerie in Stift Ardagger. Seit 1996 ist er als Projektmanager in der Regionalentwicklung tätig.
In die Kommunalpolitik stieg er 1995 als Gemeinderat in der Marktgemeinde Ardagger ein, zehn Jahre später wurde er Bürgermeister. Seit 2014 war er zudem 2. Vizepräsident des NÖ Gemeindebundes.



wortlich sind und wenn nicht, wo Bund oder Land ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Da gibt es derzeit leider Graubereiche und Überschneidungen.
Ein Beispiel dafür ist der Kindergarten: Die Pädagoginnen werden in Niederösterreich vom Land bezahlt, die Helferinnen von der Gemeinde. Zusätzlich stehen die Gemeinden unter Druck, immer mehr Stützkräfte für Kinder mit besonderen Bedürfnissen beizustellen. Das ist nicht optimal und verursacht immer wieder Interessenskonflikte. Ein Anstellungsträger wäre hier jedenfalls die bessere Lösung, um damit die Verantwortung zu bündeln und eine klare Kostenstruktur zu schaffen.

Das ist ja bei den Schulen ähnlich …
Bei den Schulen gab es bisher an und für sich eine klare Regelung, dass die Lehrerinnen und Lehrer von Bund und Land bezahlt werden und die Gemeinden für die Erhaltung der Schulen zuständig sind. Nun hat man aber begonnen, mittels eines AMS-Programmes die Einstellung von Assistenzkräften für die Direktoren zu fördern. Das kostet die Gemeinde einige Jahre lang dann zwar nur 300 Euro pro Monat, aber sie übernimmt damit einen Bereich, der letztlich Pädagogik und Schulverwaltung ist. Diese schleichende Aufgabenzuordnung durch die Hintertür darf es im Sinne einer klaren Gemeindeautonomie nicht geben.

Wie kann der NÖ Gemeindebund die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unterstützen?
Wir leben in einer Zeit massiver Veränderungen, etwa was die Digitalisierung, die Klimawende oder die sich daraus ergebenden Änderungen der Mobilität betrifft. Ich möchte die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dazu anspornen, dass sie aktiv auf diese Dinge zugehen. Das braucht einerseits viel Informa-

> „ES BRAUCHT NOCH VIEL MEHR MUT, DIE **DINGE AUCH ANZUPACKEN!**"

KURZ GEFAGT

Womit haben Sie Ihr erstes Geld verdient?
Als Kind habe ich in den Ferien immer am elterlichen Bauernhof mitgearbeitet, aber dafür gab es kein Geld.
Nach der Matura war ich sechs Wochen in Holland, ebenfalls in einem landwirtschaftlichen Betrieb, wo ich erstmals fürs Kühemelken bezahlt wurde.

Was haben Sie gut hinbekommen?
Ich habe vier Kinder und bin stolz darauf, dass alle gut geraten sind. Wobei die Erziehungsverantwortung hauptsächlich meine Frau getragen hat.

… und was haben Sie vermasselt?
Manchmal läuft auch mir eine Laus über die Leber und es fällt ein falsches Wort am falschen Ort. Auch wenn das nur aus einer Emotion heraus passiert, bleibt das bei der betroffenen Person hängen. Das tut mir dann leid.

Warum trinken Sie keinen Alkohol?
Weil ich ihn nicht gut vertrage und das schon bei kleinen Mengen – deshalb habe ich seit 15 Jahren – bis auf wenige Male einen Anstandsschluck – konsequent „nein" gesagt.
Ich möchte damit nicht unhöflich sein – ich brauche aber dieses „Nein" um mir nicht selbst zu schaden und leistungsfähig zu sein.

Wer sind Ihre Vorbilder?
Ich bewundere Wolfgang Sobotka, weil er ein Politiker mit Ecken und Kanten ist und mit seiner oft auch emotionalen Art viel bewegt hat. Er hat mir gezeigt, dass man für politische Arbeit eine Vision braucht. Wenn man nur Politiker um des Politikerseins ist, dann ist man fehl am Platz.

Welches Talent hätten Sie gerne?
Politische Entscheidungen brauchen ein umfassendes Denken und ein großes Wissen. Ich bewundere Menschen, die bei verschiedenen Themen auch im Detail brillant sind. Dieses Talent hätte ich gerne.

Wohin in der Welt, wo Sie noch nicht waren, würden Sie gerne hinreisen?
Die Tundra und Taiga in Russland oder auch die Mongolei – vor allem wie die Menschen dort leben und was sie in dieser Einsamkeit und fernab von unserem Getriebe zufrieden und glücklich macht, würde mich interessieren.

> DAS GUTE MITEINANDER, DAS WIR IN DEN BEIDEN VERBÄNDEN NIEDERÖSTERREICHWEIT VORLEBEN, SOLL **AUCH AUF DIE GEMEINDEEBENE ABFÄRBEN.**

tion über neue Entwicklungen und Möglichkeiten und die möchte ich geben. Es braucht aber noch viel mehr Mut, die Dinge auch anzupacken!
Und das ist natürlich gar nicht einfach Es wird aber einfacher, wenn sich die Bürgermeister darüber auch gut abstimmen und in einer Region auch bei Neuerungen und Veränderungen mit einer Stimme sprechen! Diese Abstimmungsprozesse und Kooperationen möchte ich unterstützen, weil sie für den Einzelnen hilfreich sein können!

Welches Projekt wollen Sie als Präsident als erstes angehen?
Ich bin derzeit in allen 20 Bezirken des Landes unterwegs, um mit den Gemeindevertretern meine Ideen zu diskutieren und mir anzuhören, welche Probleme es im Einzelnen gibt. Darauf aufbauend möchte ich gemeinsam mit unseren Bezirksbobleuten wiederkehrende Bürgermeister-Stammtischrunden in den 20 Bezirken einrichten. Die sollen immer wieder die Gelegenheit bieten, sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen.

Niederösterreich ist neben dem Burgenland das einzige Bundesland, in dem es zwei Gemeindevertreterverbände gibt. Ist die Trennung zwischen einem VP- und einem SP-Verband noch zeitgemäß?
Wir haben ein sehr gutes Einvernehmen miteinander und auf weiten Strecken gleiche Interessen. Wir haben aber auch in manchen Bereichen andere Grundeinstellungen. Das finde ich spannend, und ich würde diese Unterschiedlichkeiten auch nicht missen wollen.
Das gute Miteinander, das wir in den beiden Verbänden niederösterreichweit vorleben, soll auch auf die Gemeindeebene abfärben und ein Vorbild für die lokale Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Gemeinderatsfraktionen sein.



BEZIRKSTREFFEN

DER NEUE PRÄSIDENT **AUF TO**

JOHANNES PRESSL IST IN DEN BEZIRKEN DES LANDES UNTERWEGS, UM SICH MIT DEN FUNKTIONÄRINNEN UND FUNKTIONÄREN

In 20 sommerlichen Bürgermeisterrunden in allen Bezirken Niederösterreichs bietet sich derzeit für den neu gewählten NÖ Gemeindebund-Präsidenten Johannes Pressl derzeit die Gelegenheit, seine Kolleginnen und Kollegen näher kennenlernen, gemeinsam seine Vorhaben und Ideen zu diskutieren, aber vor allem auch deren Anliegen zu hören. Die Folgen des Klimawandels auf die Gemeinden, Digitalisierung & Breitband, aber auch zahlreiche



Im Fit Aktivcenter in Waidhofen an der Thaya fand ein intensiver Austausch zwischen Präsident Pressl und den Bürgermeistern der Region statt. Für die gelungene Organisation zeigten sich Bezirksobfrau Anette Töpfl und Waidhofens Bürgermeister Eduard Köck verantwortlich.



Im Schloss Neubruck schlug Pressl abends die Zelte für die Scheibbser Bürgermeisterrunde auf. Im Beisein von Bezirksobmann Franz Aigner stand nach einer Vorbesprechung mit den Bezirksmedien ein reger Austausch über vielfältige kleinere und größere Probleme in der Mostviertler Region auf dem Programm.



Der zweite Tour-Stopp führte Präsident Pressl in den Weinviertler Bezirk Gänserndorf. Beim Heuriger Eschberger in Bad Pirawarth wurde u.a. mit den Bürgermeistern René Lobner, Angela Baumgartner und BO Kurt Jantschitsch neben der aktuellen „S8 - Diskussion" ein weiter Themenbogen gespannt: Von den Stützkräften im Kindergarten, dem Testen und Impfen über die Landarztproblematik, die zukünftige Pflege im Alter und die Anpassungen an den Klimawandel ...



Rund zweieinhalb Stunden lang wurde im Bezirk Horn u. a. mit BO Nikolaus Reisel und Horns Bürgermeister Jürgen Maier rege diskutiert. Von der Raumordnung und der Möglichkeit, jungen Menschen auch in Zukunft ein Eigentum zu ermöglichen (Leerstandsmobilisierung, Baulandentwicklungsmöglichkeiten) über die gerechte Finanzierung der Gemeindeleistungen bis hin zu notwendigen Grundinfrastrukturen reichte der Gesprächsbogen.



DUR

DES NÖ GEMEINDEBUNDES AUSZUTAUSCHEN.

weitere lokale und emotionale Herausforderungen standen in den bisherigen acht Besuchen auf der stets gut besuchten Gesprächsrunde.





Den gesamten Außenbereich des Weinguts „Heinrich Hartl III" füllten die Parteikollegen aus dem Badener Bezirk. Auch hier wurden diverse Themen diskutiert. Der Sicherstellung einer umfassenden Versorgungsinfrastruktur und dem Glasfaserausbau gab Präsident Pressl besonders viel Raum. Im Anschluss wurden von der Bezirksgeschäftsstelle Ehrungen an ausgeschiedene Bürgermeister und Gemeindemandatare übergeben.



Beim Erstgespräch im wunderschönen Weinviertler Bezirk Mistelbach (u .a. mit BO Erich Stubenvoll, Vizepräsidentin Brigitte Ribisch und Bürgermeister Manfred Schulz) war Präsident Pressl vor allem von der Intensität und inhaltlichen Breite der Diskussion begeistert: „Das Gespräch hat mir gezeigt, dass es einerseits schon zwischen den Gemeinden im Norden und Süden des Bezirkes große Unterschiede gibt und dass vor allem für die nördlichen Kommunen die Lage in den ehemaligen Grenzregionen nach wie vor eine riesige Herausforderung ist."



Markersdorfs Bürgermeister NR Fritz Ofenauer, der Gablitzer Bürgermeister Michael W. Cech, St. Pöltens BO Bgm. Herbert Wandl sowie Rabensteins Bürgermeister Kurt Wittmann waren u.a. beim St. Pöltner Bezirkstreffen mit von der Partie.



Bevor es zum Heurigen nach Schöngrabern ging, machte Präsident Pressl noch einen Stopp im historischen Pulkau. Diskutiert wurde mit BO Leo Ramharter und den Bürgermeistern des Bezirks Hollabrunn vor allem über die Abwanderungsproblematik in einigen Gemeinden und die Bemühungen um die Schaffung überregionaler Infrastrukturen. Auch NR Eva-Maria Himmelbauer beteiligte sich an den Diskussionen. Im Anschluss wurden Urkunden an ausgeschiedene Politiker – u.a. dem ehemaligen BO Manfred Marihart – überreicht.

INFOS

Weitere Informationen (bzw. Fotos) zu den Bezirkstreffen sind auf dem neuen Blog des NÖ Gemeindebundes abrufbar.

www.meinegemeinde.blog

FRAUEN

BÜRGERMEISTERINNEN WÜNSCHEN SICH **BESSERE SOZIALE ABSICHERUNG**

EINE UMFRAGE ZEIGT, DASS DIE GEMEINDECHEFINNEN DIE REGELUNGEN ZU GEHALTFORTZAHLUNG, VERSICHERUNG UND KARENZ ALS UNZUFRIEDENSTELLEND EMPFINDEN.

Nur rund 24 Prozent der Bürgermeisterinnen sind mit der sozialen Absicherung des Amtes zufrieden, die übrigen empfinden die Regelungen zu Gehaltfortzahlung, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung und Karenz als wenig bis gar nicht zufriedenstellend. Über 80 Prozent wünschen sich eine Karenzregelung für das Amt.
Als größte Herausforderung gaben die bei der anlässlich des Bürgermeisterinnentreffens in St. Anton an der Jeßnitz gemachten Umfrage knapp 100 befragten weiblichen Ortschefs aber das Thema Finanzen an, dicht gefolgt von dem hohen bürokratischen Aufwand sowie die Themen Bauordnung und Wohnraumschaffung.

SORGENKIND HAFTUNGEN

Eine sehr große Belastung für die Bürgermeisterinnen stellt außerdem das Thema Haftungen dar: Knapp drei Viertel fühlen sich durch das Damoklesschwert Haftung stark bis sehr stark beunruhigt und geben weiters an, dass Haftungsfragen in den letzten Jahren zugenommen haben. „Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es in vielen Bereichen noch Verbesserungsbedarf gibt. Wir sehen, dass es durch Themen wie Haftungsfragen oder Raumordnungsbelange zu großen Belastungen kommen kann“, sagt Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

BÜRGERMEISTERIN SEIN IST VOLLZEITJOB

Die Umfrage zeigt darüber hinaus, dass etwa die Hälfte der Befragten das Bürgermeisterinnenamt nebenberuflich ausübt – und das, obwohl die Umfrage bestätigt, dass diese Tätigkeit ein Vollzeitjob ist.
Mehr als die Hälfte der befragten Frauen gibt an, mehr als 41 Stunden pro Woche für ihre Gemeinde im Dienst zu sein, fast 28 Prozent der Befragten wendet bis zu 40 Stunden die Woche für das Amt auf. Dementsprechend geben fast 80 Prozent an, dass sie über wenig bis gar keine Freizeit verfügen.
Die Hälfte der befragten Bürgermeisterinnen hat außerdem Kinder im Betreuungsalter – davon geben etwa 55 Prozent an, dass sie sich die Familienarbeit mit ihrem Partner teilen, gefolgt von 34 Prozent, welche angeben, den größten Anteil der Familienarbeit zu übernehmen.



© FRANZ GLEISS – GEMEINDEBUND

Die Teilnehmerinnen (und Teilnehmer) des 14. Bürgermeisterinnentreffen in St. Anton an der Jeßnitz.

„Die Umfrage bestätigt uns, dass viele Frauen in einer kommunalen Führungsposition mit Mehrfachbelastungen zu kämpfen haben. Neben zivilem Job und Familienarbeit nimmt das Bürgermeisterinnenamt sehr viel Zeit in Anspruch. Dazu kommt der emotionale Stress: Fast die Hälfte der Befragten gab an, in ihrer Amtszeit bereits mit persönlichen Anfeindungen oder Hass im Netz konfrontiert worden zu sein. Das geht an die Substanz. Auch deshalb war es uns ein großes Anliegen, uns beim Bürgermeisterinnen-Treffen persönlich auszutauschen, zu bestärken und voneinander zu lernen“, so die beiden Gemeindebund-Vizepräsidentinnen Sonja Ottenbacher und Roswitha Glashüttner.

WETgruppe GEMEINSAM. BESSER. BAUEN.

DAS GELD LIEGT AUF DER ~~STRASSE~~.

Haud!

Sie wissen von einem Grundstück, das freisteht bzw. unverbaut ist und sich perfekt für die Errichtung einer Wohnhausanlage eignen würde? Dann melden Sie sich bei der WETgruppe und kassieren Sie eine Provision.



Weitere Details finden Sie unter:

www.wet.at/tippgeber

INFRASTRUKTUR

HOHE ERWARTUNGEN AN DIE **DIGITALISIERUNG**

DIE CORONA-PANDEMIE HAT DIE DIGITALISIERUNG IN ÖSTERREICH VORANGETRIEBEN. DAS ZEIGT EINE UMFRAGE UNTER BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTERN, DIE VOM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND UND VOM TELEKOM-ANBIETER A1 IN AUFTRAG GEGEBEN WURDE. NACH ANSICHT VON 90 PROZENT DER BEFRAGTEN HAT DIE KRISE ZUR BESCHLEUNIGUNG DER DIGITALISIERUNG BEIGETRAGEN.

Der Grad der Digitalisierung der eigenen Gemeinde hat für den größten Teil der Befragten einen hohen Stellenwert. Neun von zehn befragten Gemeindevertreterinnen und -vertretern sehen durch den Einsatz von Digitalisierung deutliche Wachstumspotentiale für ihre Gemeinde. Jedoch sind lediglich 44 Prozent mit dem Grad der Digitalisierung der eigenen Gemeinde zufrieden, jede/r Fünfte sieht noch einen deutlichen Aufholbedarf.

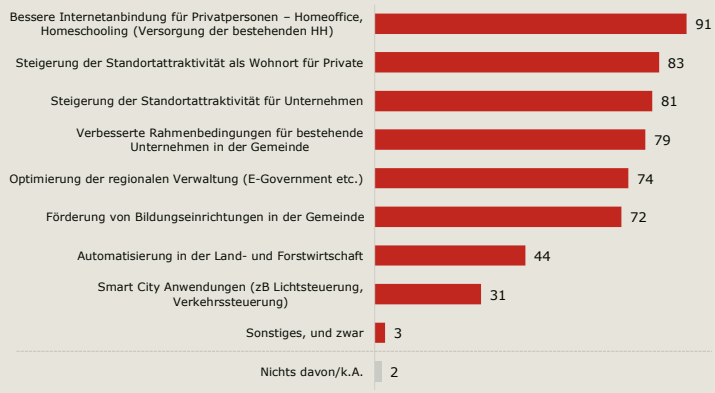
WO WURDE DIGITALISIERT?

Digitalisierung kommt in den Gemeinden hauptsächlich im Erziehungs- und Bildungsbereich, sowie bei der Kommunikation und der Verwaltung zum Einsatz. Intelligente Lösungen, etwa in den Bereichen Smart Mobility oder Smart City kommen bereits in rund 50 Prozent der befragten Gemeinden zur Anwendung.

ZUKUNFTSTHEMA GLASFASER

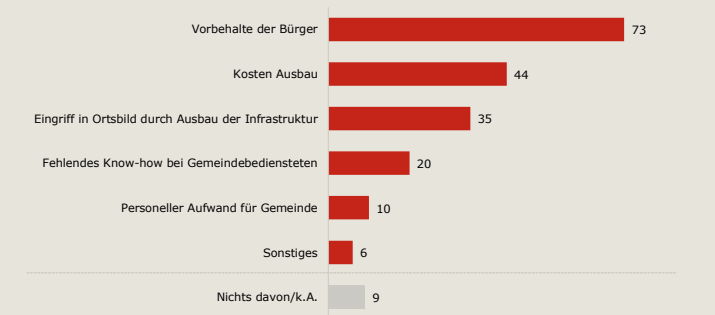
Der Ausbau der digitalen Infrastruktur wird gegenüber anderen Investitionsprojekten deutlich priorisiert. 90 Prozent der Gemeinden halten den Glasfaserausbau für wichtig und sehen darin die Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur, von der auch die nächste Generation profitiert. Der Ausbau des 5G-Netzes ist für rund die Hälfte der befragten Gemeinden von hoher Bedeutung. Von beiden Angeboten wird erwartet, dass sie die Attraktivität des Standortes deutlich steigern.
Alfred Riedl, Präsident der Österreichischen Gemeindebundes: „Eine gute ausgebaute Datenverbindung ist eine der zentralen Zukunftsfragen für das ganze Land, sowohl für die Ballungsräume als auch für den ländlichen Raum. Die Digitalisierung schafft in nahezu allen Lebensbereichen ganz neue Chancen. Damit werden Glasfaser und 5G für Gemeinden jeder Größe immer mehr zur Standortfrage. Die digitale Infrastruktur ermöglicht neue Arbeitsplätze, verhindert Abwanderung und beschleunigt die Renaissance des ländlichen Raums. Kurz gesagt: Glasfaser und 5G sind ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge.“

Worin sehen Sie sehr große Potenziale für die Entwicklung Ihrer Gemeinde durch den Ausbau der bzw. Investitionen in die Digitalisierung?



Gemeinden erwarten durch den Breitbandausbau bessere Versorgung von Privathaushalten und eine Steigerung der Standortattraktivität.

Wo sehen Sie in Bezug auf den 5G Ausbau die größten Herausforderungen in Ihrer Gemeinde? (gestützt)



Vorbehalte der Bevölkerung sind neben den Kosten die Hauptherausforderungen beim Ausbau von 5G.

EINKAUF

AUCH GEMEINDEN SOLLEN **REGIONAL BESCHAFFEN**

MIT DER INITIATIVE „LOS GEHT'S: MEHR QUALITÄT AUF UNSEREN TELLERN" SOLL ERREICHT WERDEN, DASS KINDERGÄRTEN, SCHULEN UND KANTINEN REGIONAL EINKAUFEN.

Drei von vier Österreicherinnen und Österreichern wünschen sich eine Ausweitung des Angebots an regionalen Lebensmitteln. „Wir wollen dafür sorgen, dass in der Region die Lebensmittel für die Gemeinschaftsverpflegung möglichst auch aus der Region kommen. Wer regional kauft, stärkt bäuerliche Familienbetriebe, schützt das Klima durch kürzere Transportwege und sorgt dafür, dass die Wertschöpfung erhalten bleibt", erklärt Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger.
Der Bund geht mit gutem Beispiel voran und hat die Initiative „Österreich isst regional" ins Leben gerufen. Köstinger: „Mit dem Aktionsplan ‚Nachhaltige Beschaffung' wollen wir unser Ziel, die möglichst 100-prozentige regionale und saisonale öffentliche Beschaffung bei Lebensmitteln, erreichen. Jetzt starten wir gemeinsam eine Initiative, damit auch unsere Gemeinden und Landeseinrichtungen diesen Weg einschlagen bzw. fortsetzen."

GEMEINDEN WICHTIGE PLAYER BEI DER GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG

Den Gemeinden kommt in der Gemeinschaftsverpflegung eine wesentliche Rolle zu, sie sind Erhalterinnen der Pflichtschulen und der meisten Kinderbetreuungseinrichtungen, in denen täglich hunderttausende Mahlzeiten konsumiert werden. 5.500 Kinderbetreuungseinrichtungen werden österreichweit von Gemeinden verwaltet und erhalten. 72 Prozent aller Kindergärten stehen unter kommunaler Verwaltung.
Darüber hinaus sind die Kommunen für den Erhalt und damit auch die Gemeinschaftsverpflegung von 4.200 Volks- und Mittelschulen sowie Sonderschulen und Polytechnischen Schulen verantwortlich.

KINDERGÄRTEN UND SCHULEN SOLLEN AUF REGIONALE BESCHAFFUNG BEIM ESSEN UMSTELLEN

Gemeinsam mit den Bundesländern wurde die Bundesbeschaffung GmbH beauftragt, das Projekt „Forum Österreich isst regional" zu koordinieren und öffentliche Kantinen dabei zu unterstützen, Lebensmittel regionaler und saisonaler zu beschaffen.
„Die Gemeinden sind der Schlüssel zur regionalen Beschaffung in der Gemeinschaftsverpflegung. Wir wollen, dass Kindergärten, Schulen und Betreuungseinrichtungen auf regionale Beschaffung beim Essen umsteigen. Jede Gemeinde kann hier selbst aktiv werden, egal, ob sie beim Wirten ums Eck oder bei einem größeren Anbieter das Essen bestellt. Von den Kindergärten und Schulen in den Gemeinden bis hin zu den Seniorenzentren und den Justizanstalten. Wir haben in der öffentlichen Hand ein enormes Potential", meint Ministerin Köstinger.



© MONKEY BUSINESS – STOCK.ADOBE.COM

Kindergärten und Schulen sollen auf regionale Beschaffung beim Essen umstellen.

LEITFADEN FÜR KANTINEN

Mit dem neuen Leitfaden „Los geht's: mehr Qualität auf unseren Tellern" für Gemeinden und öffentliche Kantinen (Land und Bund) soll ein Anstoß für eine möglichst regionale und saisonale öffentliche Beschaffung bei Lebensmitteln gesetzt werden. Mit Best-Practice-Beispielen wird im Leitfaden gezeigt, wie einfach es sein kann, auf regionale Qualität zu setzen. Der Leitfaden ergeht an alle Gemeinden und private sowie öffentliche Kantinen.

VERANSTALTUNG

GEMEINDETAG IN NIEDERÖSTERREICH

AM 15. UND 16. SEPTEMBER FINDEN DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDETAG UND DIE KOMMUNALMESSE IN TULLN STATT. DAS PROGAMM:



© FRIEDRICH JANSENBERGER

Gemeindetag und Kommunalmesse finden in der Messe Tulln statt.

MITTWOCH, 15.9.2021

9.30 Uhr:
Eröffnung 67. Österreichischer Gemeindetag & Kommunalmesse
Halle 3, Eröffnung der Kulinarikstraße „So schmeckt NÖ“

10.30 - 11.30 Uhr:
Initiative SSGM im Brennpunkt:
„Erfolgsfaktor Smart Street – ein Leitfaden für Kommunen“, Workshop, gr. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

Erlebniswelt Fonatsch (an beiden Tagen):
Thema **„Station BY FONATSCH, Blackoutmast und innovative E-Lade Infrastruktur für Kommunen“**

10.30 - 12.00 Uhr:
FLGÖ-Tagung:
„Österreichische Energiewende durch das EAG (Energie-Ausbau-Gesetz)“

12.00 - 13.00 Uhr:
Alles Kanal 2021:
die neuesten Lösungen und Anbieter für Ihre Gemeinde. Von der Förderung, Reinigung, Inspektion und Sanierung bis hin zu Wärme aus Abwasser, Regenwassermanagement und kostensparender Betriebsführung. Workshop mit anschließender Führung durch die „Kanal-Erlebniswelt“, gr. Sitzungsraum, Foyer Halle 1, anschl. Führung

Erlebniswelt „Alles Kanal“ (ganztägig):
Kanaltechnikzentrum am Freigelände

11.00 - 12.15 Uhr:
BDO im Brennpunkt: „**Frauen in der Kommunalpolitik“**, Loungezone, Halle 3

Erlebniswelt BDO (an beiden Tagen, ganztägig):
Loungezone mit Expertinnen und Experten, Halle 3

13.30 - 15.00 Uhr:
Post AG im Brennpunkt:
„Kritische postalische Infrastruktur nachhaltig sichern – für Bürger und Gemeinden“, Worldcafe, gr. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

- Regionale Wertschöpfung durch regionale Versorgung: Die Post bringt Menschen zusammen
- Sicher und Digital in den Gemeinden: Die Post liefert Lösungen
- Nachhaltige Lösungen für den ländlichen Raum: Die gelbe Post wird immer grüner

Erlebniswelt Post AG
(an beiden Tagen, ganztägig): Halle 4 / Messestand 4B71 sowie am Freigelände

14.00 - 15.00 Uhr:
Expertentalk „Digitalisierung & Energiewende“
Die digitale Energiewende verändert nachhaltig die Systeme der „alten“ Energiewelt. Ein Zusammenwachsen verschiedener Domänen im Energiesystem, die durch digitale Technologie möglich wird, birgt enorme Herausforderungen, ist aber notwendig, um die Energiewende und ihre Ziele zu meistern. Der Ausbau der Erneuerbaren Technologien und das Entstehen eines Marktes für neue digitale Energielösungen bringt Österreich ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial, Halle 1

14.00 - 15.15 Uhr:
BDO im Brennpunkt: „**Akzente für Bürgermeisterinnen – im Gespräch mit Bürgermeisterinnen“**, Workshop, Loungezone, Halle 3

> AM MITTWOCH WIRD AB 18.30 UHR DER **IMPULS-GEMEINDE-INNOVATIONSPREIS VERLIEHEN**.



IMPULS-Verleihung im Jahr 2019.





Schon beim Neujahrsempfang 2020 demonstrierte Mentalcoach Manuel Horeth mit den Bürgermeistern Michaela Hinterholzer und Christoph Kainz die Kraft positiver Gedanken.

18.30 - 23.00 Uhr:
Fach- und Gemeindeabend der Kommunalmesse, Impuls- und A1-Digital Awardverleihung, Halle 10

DONNERSTAG, 16.9.2021

9.00 - 17.00 Uhr:
Kommunalmesse
Hallen 2, 3, 4, 5 Messe Tulln

10.00 - 12.00 Uhr:
Haupttagung des 67. Österreichischen Gemeindetages, Halle 1

9.30 - 10-30 Uhr:
Saubermacher im Brennpunkt,
Worldcafe, gr. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

10.00 - 11.15 Uhr:
BDO im Brennpunkt:
„**Jugendbeteiligung – wie kann es funktionieren?"**, Workshop, Loungezone, Halle 3

13.00 - 14.00 Uhr:
Expertentalk „Der Weg zur Energiewende". Europa wird noch näher zusammenrücken müssen, um den Green Deal auf die künftigen Anforderungen auszurichten. Klimaschutz heißt, nachhaltige Investitionen in lokale Arbeitsplätze und regionale Wirtschaftskreisläufe zu tätigen. Dies wird nur im Zusammenspiel mit geeigneten Konjunkturprogrammen für die Wirtschaft funktionieren. Wie realistisch ist es, den Treibhausgasausstoß EU-weit bis 2030 um 50 bis 55 Prozent zu reduzieren und bis 2040 bzw. 2050 klimaneutral zu werden? Was braucht es und wie weit kann es wie schnell gehen? Wer zahlt den enormen Kraftakt?, Halle 1

12.00 - 13.00 Uhr:
Alles Kanal im Brennpunkt: **„Alles Kanal 2021:** die neusten Lösungen und Anbieter für Ihre Gemeinde. Von der Förderung, Reinigung, Inspektion und Sanierung bis hin zu Wärme aus Abwasser, Regenwassermanagement und kostensparender Betriebsführung. Workshop mit anschließender Führung durch die Kanal-Erlebniswelt", gr. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

13.00 - 14.00 Uhr:
ÖBB im Brennpunkt; **„ÖBB 360: Mobilitätsservices für die erste und letzte Meile"**, kl. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

14.30 - 15.30 Uhr:
„Mentale Stärke für Österreich, der Workshop mit Manuel Horeth", kl. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

14.00 - 15.15 Uhr:
BDO im Brennpunkt: **„Jugendbeteiligung – von der Gemeinde nach Europa"**, Loungezone, Halle 3

13.30 - 15.00 Uhr:
Klima- und Energiefonds im Brennpunkt, **„Klimawandel: So wird meine Gemeinde zukunftsfit!"**, Infos & Förderungen, Worldcafe, gr. Sitzungsraum, Foyer Halle 1

18.30 Uhr:
Galaabend des 67. Österreichischen Gemeindetages, Kultur & Kulinarik aus Niederösterreich, Halle 10

FREITAG, 17.9.2021

Niederösterreichtag: Ausflugsangebote zu den schönsten Plätzen Niederösterreichs

„ DIE TEILNEHMERANZAHL FÜR DIE BRENNPUNKTFORMATE IST BEGRENZT, EINE ANMELDUNG AUF DER GEMEINDETAGS-HOMEPAGE IST NOTWENDIG. "

INFO

www.gemeindetag.at
www.diekommunalmesse.at

VP NIEDERÖSTERREICH

MEHR ALS 600 GUTSCHEINE **FÜR DIE BLAU-GELBE GASTRONOMIE** VERLOST

DIE AKTION #MEINWIRT DER VOLKSPARTEI NÖ UND DES WIRTSCHAFTSBUNDES NÖ GEHT ZU ENDE. RUND 1.000 NIEDERÖSTERREICHERINNEN UND NIEDERÖSTERREICHER HABEN TEILGENOMMEN. ZIEL IST ES NUN, GEMEINSAM DIE GASTRONOMIE WEITER MIT LEBEN ZU FÜLLEN.



© VPNÖ

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner überreichte mit Wirtschaftsbund NÖ-Landesobmann und WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker und Wirtschaftsbund NÖ-Direktor Harald Servus die drei Hauptpreise der Aktion #meinwirt.

Ende Mai hat die Volkspartei NÖ gemeinsam mit dem Wirtschaftsbund NÖ die Aktion **#meinwirt** ins Leben gerufen, um die Leute zu motivieren, wieder ihr Lieblingslokal zu besuchen. Ein Foto schießen und dieses dann hochladen – so einfach konnte man an der Aktion teilnehmen und gleichzeitig Werbung für den Lieblingswirten machen.

1.000 NIEDERÖSTERREICHERINNEN UND NIEDERÖSTERREICHER HABEN TEILGENOMMEN

Rund tausend Landsleute sind der Aufforderung nachgekommen und haben ein Foto gepostet – für 600 von ihnen gibt es nun 20 und 50 Euro Gutscheine von ihrem Lieblingslokal. Die drei Hauptpreise in Höhe von 200 Euro, 300 Euro und 500 Euro wurden bereits verlost. „Ich bedanke mich bei allen, die mitgemacht haben und wünsche den Gewinnern viel Freude mit ihren Gutscheinen“, betont Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

GEMEINSAM KONNTE EIN ZEICHEN GESETZT WERDEN FÜR DEN NEUSTART DER NÖ GASTRONOMIE

Wirtschaftsbund NÖ-Landesobmann und WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker betont, dass die Wirtshäuser in Niederösterreich für Genuss und Geselligkeit auf höchstem Niveau stehen und Treffpunkt und Ort der Kommunikation in den Dörfern und Grätzln sind. Mit der Aktion **#meinwirt** konnte gemeinsam ein Zeichen gesetzt werden, für den Neustart der Gastronomie in Niederösterreich. Nur wenn die Gäste wieder in die Gasthäuser kommen, kann der Aufschwung auch in den Gastronomiebetrieben ankommen. „Danke an alle, die dazu beitragen und an der Aktion teilgenommen haben“, so Ecker.

AKTION GILT ALS WIN-WIN-SITUATION FÜR GÄSTE UND WIRTE IM LAND

„Von den 600 #meinwirt-Gutscheinen profitieren nicht nur die Gewinnerinnen und Gewinner, sondern auch die regionalen Gastronomiebetriebe – eine Win-win-Situation für die Gäste und die Wirte“, sagt Wirtschaftsbund NÖ-Direktor Harald Servus. „Herzlichen Glückwunsch an alle Gewinner und viel Vergnügen beim nächsten Besuch beim Lieblingswirt.“

> **„ICH BEDANKE MICH BEI ALLEN, DIE MITGEMACHT HABEN** UND WÜNSCHE DEN GEWINNERN VIEL FREUDE MIT IHREN GUTSCHEINEN.“
>
> **JOHANNA MIKL-LEITNER**
> LANDESHAUPTFRAU

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DER VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH

PARTNER DER GEMEINDEN

DAS HILFSWERK IST AUF DER KOMMUNALMESSE MIT EINEM STAND VERTRETEN – LASSEN SIE SICH BERATEN!

Das Gemeindeamt ist oft die erste Anlaufstelle in sozialen Fragen, egal ob es um Kinderbetreuung, um Pflege oder um andere Fragen geht. Da ist man als Bürgermeister/in froh, wenn man das Problem an eine kompetente Stelle weitergeben kann und weiß, dass es professionell erledigt wird. Das Hilfswerk Niederösterreich ist dieser kompetente Ansprechpartner! Ob Pflege, Kinderbetreuung, ehrenamtliche Angebote, Familienberatung: Mit über 70 Standorten und einer vielfältigen Dienstleistungspalette bietet das Hilfswerk gemeindenahe Lösungen für die Familien und regionale Arbeitsplätze. „Vor allem aber dürfen wir dazu beitragen, das soziale Netz innerhalb einer Stadt oder Gemeinde zu stärken und sie lebenswerter zu gestalten“, so Hilfswerk-Präsidentin LAbg. Bgm. KR Michaela Hinterholzer.

WAS BIETET DAS HILFSWERK FÜR DIE FAMILIEN?

- Hoch qualitative Hauskrankenpflege, Heimhilfe und Pflegeberatung – Nr. 1 in Österreich!
- Mobile Therapie
- Zusatzangebote wie das Notruftelefon oder das praktische Menüservice mit kostenloser Lieferung in alle Gemeinden NÖs
- Ehrenamtliche Angebote wie den Besuchsdienst
- Maßgeschneiderte Lösungen in der Kinderbetreuung: Kleinkindergruppen, Schülertreffs, Tagesmütter
- Familienberatung in Krisensituationen
- und vieles mehr

WAS BIETET DAS HILFSWERK DEN GEMEINDEN?

- Wir haben langjährige Erfahrung und sind landesweit vernetzt
- Wir bieten hoch professionelles Spezialwissen im Sozialbereich und laufendes Qualitätsmanagement
- Wir entlasten die Gemeinde durch die Übernahme einer Vielzahl von Aufgaben
- Wir übernehmen Verantwortung und erleichtern die kommunale Arbeit, indem Sie organisatorische Aufgaben im Sozialbereich an uns übertragen!



Mit über 70 Standorten und einer vielfältigen Dienstleistungspalette bietet das Hilfswerk gemeindenahe Lösungen für die Familien und regionale Arbeitsplätze.



KOMMUNALMESSE 2021

„MEET THE MANAGEMENT“

Sie möchten das soziale Netz Ihrer Gemeinde stärken? Bei der Kommunalmesse 2021 können Sie sich über Ihre individuellen Möglichkeiten beraten lassen!
Geschäftsführung und Fachbereichsleitungen sind am Hilfswerk-Stand für Sie da und bieten kompetente Antworten aus einer Hand. Lassen Sie sich in wenigen Schritten von Ihrem Anliegen zur passenden Lösung führen!

KOMMUNALMESSE 15./16. 9.
AM MESSEGELÄNDE TULLN.

BESUCHEN SIE UNSEREN STAND NR. 3E31+38 IN HALLE 3 –
WIR FREUEN UNS AUF DAS GESPRÄCH!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

JUGEND

PROBLEME DIREKT VOR ORT LÖSEN

„JUGEND:GEMEINDE:SERVICE" STEHT NÖ GEMEINDEN KOSTENLOS ZUR VERFÜGUNG.

Über 300 Beratungen für niederösterreichische Gemeinden konnten durch das Jugend:Gemeinde:Service NÖ seit der Einführung vor zehn Jahren durchgeführt werden. Nun wird das Angebot für niederösterreichische Gemeinden verstärkt. Mit dem Jugend:Gemeinde:Service der Jugend:Info NÖ gibt es eine direkte Anlaufstelle für effektvolle Jugendarbeit in der Gemeinde.

RASCH, UNBÜROKRATISCH UND FLEXIBEL

„Jugend:Gemeinde:Service ist rasch, unbürokratisch und flexibel. Wenn man Rat und Hilfe braucht, sind sie da – das ist das Erfolgsrezept dieses in Österreich einzigartigen Angebotes. Seit 2020 ist das Angebot von Jugend:Gemeinde:Service für niederösterreichische Gemeinden kostenlos – so wie auch die weitere breite Palette des Informationsangebotes der Jugend:info NÖ", sagt Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister.

AUF JEWEILIGE BEDÜRFNISSE ANGEPASSTE BERATUNG

Kommunale Jugendprobleme können oft direkt vor Ort gelöst werden, genau auf die Bedürfnisse der Gemeinde angepasst. In manchen Fällen reicht schon die Erstberatung mit zwei Terminen, um das richtige Angebot für junge Menschen in den Gemeinden zu finden. In anderen Situationen ist längerfristige Projektbegleitung erforderlich.
Die Umsetzung von Projekten unterscheidet sich je nach Gemeindegröße und Zieldefinition stark. Die gewünschte und notwendige Prozessbegleitung wird direkt vor Ort abgestimmt. Aktive Jugendarbeit und Förderung von kommunalem Engagement – das ist enge Vernetzung mit allen wichtigen Stellen der Jugendförderung und anderen Institutionen und Organisationen.

REKORD AN ZERTIFIZIERUNGEN

Sichtbarer Erfolg dieser Bemühungen war 2018 die Rekord-Zertifizierung von 233 NÖ Jugend-Partnergemeinden. In vielen dieser heutigen NÖ Jugend-Partnergemeinden konnten die Jugendcoaches wichtige Impulse zur Erlangung der Zertifizierung setzen und viele dieser Gemeinden bereiten sich auf die neue Periode NÖ Jugend-Partnergemeinde 2022 bis 2024 vor, bei der die Bewerbungsphase im Herbst startet.

www.www.jugendinfo-noe.at/leben-a-z/jugendgemeindeservice



© PHOTOGRAPHEE.EU - STOCK.ADOBE.COM

Die Umsetzung von Projekten unterscheidet sich je nach Gemeindegröße und Zieldefinition stark. Die gewünschte und notwendige Prozessbegleitung wird direkt vor Ort abgestimmt.

FÖRDERUNG

Mit der Einbettung von Jugend:Gemeinde:Service in die Jugend:info NÖ, die auch Regionalstelle für das europäische ERASMUS+ Jugendprogramm ist, gibt es nun einen Zusatzwert. Vermehrt sollen EU-Fördermittel im Jugendbereich in niederösterreichischen Gemeinden landen. Die Programme ERASMUS+ und Europäisches Solidaritätskorps (ESK), die seitens der Europäischen Union finanziell stark unterstützt werden, sollen Gemeinden ermöglichen, EU-Förderungen im Jugendbereich effektiv nutzen zu können.

VERGABE

BESCHAFFUNG VON **STRASSENFAHRZEUGEN**

ENDE JULI 2021 IST DAS NEUE STRASSENFAHRZEUG-BESCHAFFUNGSGESETZ IN KRAFT GETRETEN, MIT DEM EINE RICHTLINIE DER EUROPÄISCHEN UNION („CLEAN VEHICLES DIRECTIVE") UMGESETZT WIRD.

Dieses Gesetz verpflichtet öffentliche Auftraggeber, bei der Beschaffung bzw. dem Einsatz von Straßenfahrzeugen im Oberschwellenbereich künftig eine bestimmte Mindestquote an umweltschonenden, „sauberen" Straßenfahrzeugen einzuhalten.
Neben Anschaffungen von Fahrzeugen sind auch das „Nachrüsten" von Fahrzeugen und die Vergabe von bestimmten Dienstleistungen (wie z. B. Personenverkehrsleistungen oder Postzustellungen) umfasst. Das Gesetz gilt im Wesentlichen nur für Vergabeverfahren, die nach dem 2.8.2021 eingeleitet wurden und die im Oberschwellenbereich liegen.
Ausdrücklich ausgenommen sind einige Beschaffungen und Fahrzeugklassen/-typen (z. B. speziell gebaute Straßenfahrzeuge wie Löschfahrzeuge; Krankenwagen).

WAS GILT ALS „SAUBERES" FAHRZEUG?

„Sauber" ist ein Straßenfahrzeug dann, wenn es emissionsarm bzw. emissionsfrei ist. Das Gesetz unterscheidet zwischen „leichten" und „schweren" Straßenfahrzeugen und definiert genau, wann welche Fahrzeugkategorie als „sauber" gilt, z. B. bestehen für „saubere leichte Straßenfahrzeuge" Maximalwerte an Auspuffemissionen und Luftschadstoffemissionen.

WELCHE MINDESTQUOTEN AN „SAUBEREN" FAHRZEUGEN SIND VORGESCHRIEBEN?

Im Gesetz sind je Zeitraum („Bezugszeitraum") und je Fahrzeugklasse andere Mindestquoten an saubere Straßenfahrzeuge festgelegt. Im ersten Bezugszeitraum (von 3.8.2021 bis 31.12.2025) beträgt z. B. der Mindestanteil an sauberen Straßenfahrzeugen 38,5 Prozent für saubere leichte Straßenfahrzeuge (wie PKW).



© PHOTOSCHMIDT – STOCK.ADOBE.COM

„Sauber" ist ein Straßenfahrzeug dann, wenn es emissionsarm bzw. emissionsfrei ist.

SANKTION BEI NICHTBEACHTUNG?

Erreicht ein öffentlicher Auftraggeber die Mindestquoten nicht, hat die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde wirksame, angemessene und abschreckende Geldbußen zu verhängen. Die Höchstgrenzen der möglichen Geldbuße sind abhängig von der Kategorie des Fahrzeugs und variieren zwischen 25.000 und 225.000 Euro.
Gemeinsames Erreichen der Mindestquoten?
Öffentliche Auftraggeber können „Erfassungsgemeinschaften" bilden. Dabei schließen sich beliebig viele Auftraggeber zusammen, um gemeinschaftlich die Quote zu erfüllen. Ein Auftraggeber kann immer nur Mitglied in einer Erfassungsgemeinschaft sein.

Informationen

Schramm Öhler Rechtsanwälte
Herrengasse 3-5, 3100 St. Pölten
kanzlei@schramm-oehler.at
02742/222 95

> STRASSENFAHRZEUGE WIE LÖSCHFAHRZEUGE ODER KRANKENWAGEN SIND **VON DER REGELUNG AUSGENOMMEN.**

STEUERLICHE ÄNDERUNGEN

WERBUNGSKOSTEN FÜR DAS **HOMEOFFICE**



DER NATIONALRAT HAT AM 24.2.2021 DIE REGELUNGEN ZUM HOMEOFFICE BESCHLOSSEN. OBWOHL DAS BUNDESGESETZ, MIT WELCHEM DIE ÄNDERUNGEN IN KRAFT TRETEN, NOCH NICHT VERLAUTBART WORDEN IST, SIND HIER DIE WICHTIGSTEN PUNKTE ZUSAMMENGEFASST.

VON URSULA STINGL-LÖSCH

Beim Homeoffice erbringt der Arbeitnehmer eine zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte Arbeitsleistung in der eigenen Wohnung. Hinweis: Diese arbeitnehmereigene Wohnung, welche als Homeoffice dient, darf von Organen des Arbeitsinspektorates ohne vorherige Zustimmung nicht betreten werden. Beachten Sie weiter, dass Unfälle, welche im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Homeoffice des betroffenen Dienstnehmers passieren, als Arbeitsunfälle gelten.
Der Arbeitgeber hat für das Homeoffice die digitalen Arbeitsmittel (u. a. Laptop) zur Verfügung zu stellen. Eine Abweichung davon ist möglich, wenn der Arbeitgeber die vom Arbeitnehmer zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel vergütet.
Die vom Arbeitgeber überlassenen digitalen Arbeitsmittel und die Homeoffice-Pauschale im Sinne des § 26 Z. 9 EStG sind nicht Teil des Entgeltes im Sinne des § 49 ASVG.

EINKOMMENSTEUERGESETZ

Die steuerlichen Erleichterungen ab 2021 rund um das Homeoffice gelten aus derzeitiger Sicht längstens bis zum 1. Jänner 2024.

Homeoffice-Pauschale (ab 2021!)

Ab dem Jahr 2021 sind gemäß § 26 Z. 9 EStG die Überlassung digitaler Arbeitsmittel (Laptop etc.) sowie die Gewährung einer Homeoffice-Pauschale von bis zu maximal 300 Euro steuerfrei. Bitte beachten Sie, dass es für die Pauschale eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedarf. Die Pauschale beträgt pro Tag im Homeoffice drei Euro und steht für max. 100 Tage steuerfrei zu. Dazu ist es notwendig die im Homeoffice verbrachten Tage nachzuweisen, damit diese abgerechnet werden können. Der Arbeitgeber hat die Tage des Homeoffice am Lohnkonto bzw. Jahreslohnzettel beim betroffenen Arbeitnehmer anzudrucken.

Bitte beachten Sie: Tage, an welchen der Arbeitnehmer auch auf Dienstreise bzw. im Büro ist, gelten **nicht** als Homeoffice-Tage. Wird an einem Homeoffice-Tag hingegen ein halber Tag Urlaub genommen, gilt der ganze Tag als Homeoffice-Tag.

Hinweis: Zuschüsse, welche im Jahr 2020 vom Dienstgeber für das Homeoffice geleistet werden, sind steuerpflichtig!

Werbungskosten

Die Ausgaben, welche ein Arbeitnehmer für digitale Arbeitsmittel im Zusammenhang mit dem im eigenen Haushalt eingerichteten Homeoffice im Jahr 2021 tätigt, sind als Werbungskosten absetzbar. Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese um eine allfällig vom Arbeitgeber gewährte Pauschale im Sinne des § 26 Z. 9 EStG in Höhe von max. 300 Euro zu kürzen sind. Wird seitens des Arbeitgebers die Pauschale nicht voll ausgeschöpft, so kann die Differenz als Differenzwerbungskosten angesetzt werden:

> TAGE, AN WELCHEN DER ARBEITNEHMER AUCH AUF DIENSTREISE BZW. IM BÜRO IST, **GELTEN NICHT ALS HOMEOFFICE-TAGE.**



© DEAGREEZ - STOCK.ADOBE.COM

Die Ausgaben für das Homeoffice sind nicht auf das Werbungskostenpauschale in Höhe von 132 Euro jährlich anzurechnen und stehen somit zusätzlich zu.

Beispiel:

Der Arbeitgeber hat 60 Euro (drei Euro an 20 Tagen) an Homeoffice-Pauschale steuerfrei gezahlt. Der Drucker hat 200 Euro gekostet. Da der Drucker zu 60 Prozent beruflich genutzt wird, ist von den Anschaffungskosten der Betrag von 120 Euro zu berücksichtigen. Davon ist die Homeoffice-Pauschale abzuziehen, sodass 60 Euro als Werbungskosten geltend gemacht werden können.

Beispiel 2 (Ergänzung zu Beispiel 1):

Hätte der Drucker 100 Euro gekostet, könnten keine zusätzlichen Werbungskosten geltend gemacht werden, weil dieser Betrag (EUR 100 x 60 % = EUR 60 anteilige Anschaffungskosten) durch die Homeoffice-Pauschale gedeckt ist.

Die Ausgaben für das Homeoffice sind nicht auf das Werbungskostenpauschale in Höhe von 132 Euro p.a. anzurechnen und stehen somit zusätzlich zu. Bitte beachten Sie jedoch, dass Ausgaben für erhöhten Strombedarf bzw. gestiegene Lebensmittelkosten seitens der Finanzverwaltung nicht als Werbungskosten anerkannt werden.
Erbringt der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung im Homeoffice (außerhalb eines gemäß § 20 Abs. 1 Z. 2 lit a) EStG zu berücksichtigendem Arbeitszimmer), so können Werbungskosten von max. 300 Euro für ergonomisches Mobiliar (Schreibtisch, Bürostuhl) angesetzt werden. Ein allfälliger Überschreitungsbetrag ist in den Folgejahren (max. bis inklusive 2023) geltend zu machen.

WERBUNGSKOSTEN FÜR DAS JAHR 2020

Die Regelungen greifen gemäß § 124 b EStG auch auf das Jahr 2020 zurück. Dabei ist zu beachten, dass an mindestens 26 Kalendertagen ausschließlich im Homeoffice gearbeitet wurde. Die maximale Pauschale beträgt im Jahr 2020 150 Euro. Auch hier gilt, dass ein allfälliger Überschreitungsbetrag ins nächste Jahr mitgenommen werden kann. Werbungskosten bzw. Ausgaben aus dem Jahr 2020 gehen in diesem Fall neuen Ausgaben des Jahres 2021 vor.

Beispiel:

Anschaffung eines ergonomischen Stuhles im Jahr 2020 in Höhe von 200 Euro. Die maximal dafür ansetzbaren Werbungskosten betragen 150 Euro, wenn an mehr als 26 Tagen im Homeoffice gearbeitet wurde. Der Überschreitungsbetrag von 50 Euro kann im Jahr 2021 angesetzt werden.

Die Geltendmachung der Werbungskosten erfolgt im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung. Die überarbeiteten Formulare für das Jahr 2020 (inkl. eigener Kennzahl 158) stehen bereits seit dem Frühjahr 2021 zur Verfügung. Sofern die Arbeitnehmerveranlagung bzw. Einkommensteuererklärung für das Jahr 2020 bereits veranlagt wurde, können innerhalb der dafür vorgesehenen Fristen Rechtsmittel (Bescheidbeschwerde, Antrag auf Bescheidaufhebung bzw. Antrag auf Wiederaufnahme) erhoben werden.

„ERBRINGT DER ARBEITNEHMER DIE ARBEITSLEISTUNG IM HOMEOFFICE, SO KÖNNEN **WERBUNGSKOSTEN VON MAX. 300 EURO FÜR ERGONOMISCHES MOBILIAR ANGESETZT WERDEN.**"



MAG. URSULA STINGL-LÖSCH
STEUERBERATERIN BEI DER NÖ GEMEINDEBERATUNG



STOLPERSTEIN **BAURECHT?**

VON JANINE EICHHORN

JUDIKATUR DES LANDESVERWALTUNGSGERICHTES NIEDERÖSTERREICH (NÖ LVWG)

MERKLICHT.DE/STOCK.ADOBE.COM

ZURÜCKWEISUNG VON **EINWENDUNGEN IM BAUBEWILLIGUNGSVERFAHREN** – § 6 ABS. 2 NÖ BO 2014

LVWG-AV-601/001-2020, 14. JULI 2020

Aufgrund eines Bauansuchens der Bauwerber auf Abbruch von bestehenden Nebengebäuden sowie Errichtung eines Einfamilienhauses wurde u. a. die Beschwerdeführerin in ihrer Eigenschaft als Anrainerin mit Schreiben des Bürgermeisters der zuständigen Stadtgemeinde vom geplanten Vorhaben informiert. In diesem Schreiben wurde auf die Möglichkeit der Erhebung von Einwendungen binnen zwei Wochen sowie den Umstand hingewiesen, dass im Falle der Nichterhebung von Einwendungen die Parteistellung erlischt.
Die Beschwerdeführerin erhob rechtzeitig näher begründete „Einwendungen" gegen das Bauvorhaben zu den Themenbereichen „Grundgrenzzaun", Lichteinfall, Fensteranordnung und Grundstücksgrenze.
Mit erstinstanzlichem Bescheid erteilte der Bürgermeister der zuständigen Stadtgemeinde die Baubewilligung für das beantragte Bauvorhaben. Weiters wurden die seitens der Beschwerdeführerin erhobenen „Einwendungen" allesamt als unzulässig zurückgewiesen.

DIE BESCHWERDE

Gegen diesen Bescheid erhob die Beschwerdeführerin Berufung, welche mit dem beim NÖ LVwG angefochtenen (zweitinstanzlichen) Bescheid „als unzulässig abgewiesen" wurde. Begründend führte die belangte Behörde zusammengefasst aus, die Beschwerdeführerin habe im Baubewilligungsverfahren erster Instanz keine Verletzung eines ihr nach § 6 NÖ BO 2014 zukommenden subjektiv-öffentlichen Nachbarrechts geltend gemacht, weshalb ihre Berufung „als unzulässig zurückzuweisen" war.
Gegen diesen Bescheid erhob die Beschwerdeführerin Beschwerde an das NÖ LVwG mit der Begründung, dass ihr im erstinstanzlichen Verfahren erhobenes Vorbringen entgegen der Rechtsansicht der belangten Behörde sehr wohl als „Einwendungen" im Rechtssinn zu qualifizieren sei.

KEINE DER „EINWENDUNGEN" WAR EINE

Das NÖ LVwG wies die Beschwerde als unbegründet ab. In seiner rechtlichen Begründung hielt es fest, dass selbst unter Berücksichtigung des Umstands, dass die Beschwerdeführerin nicht rechtskundig ist, keine ihrer vorgebrachten „Einwendungen" eine Einwendung im Sinne des § 21 NÖ BO 2014 darstellt. Aus den Ausführungen betreffend den „Grundgrenzenzaun" ist nicht ersichtlich, welches der Beschwerdeführerin zukommende Recht iSd § 6 Abs. 2 NÖ BO 2014 sie als verletzt erachtet, wird doch darin nur auf geplante Umbauarbeiten der Beschwerdeführerin selbst verwiesen bzw. eine (sogar höhere) Ausführung des Grenzzaunes „begrüßt". Ein Mitspracherecht betreffend der „Ausführung" ist kein subjektiv-öffentliches Recht des Nachbarn.
Mit ihrem Vorbringen betreffend den „Lichteinfall" befürchtet die Beschwerdeführerin erkennbar die Einschränkung des Lichteinfalls auf ihr Grundstück, insbesondere ihre Terrasse; die – ihr einzig als subjektiv-öffentliches Recht zukommende – Beeinträchtigung der Belichtung der bewilligten bzw. bewilligungsfähigen Hauptfenster wurde damit gerade nicht geltend gemacht.
Auch mit dem in diesem Zusammenhang erstatteten Vorbringen, wonach das eingereichte Obergeschoss nach Meinung der Beschwerdeführerin „nur gewerblich als Büro genutzt [wird] und […] in einer Wohnsiedlung als kompletten Neubau eher keine Stellung"



© U. J. ALEXANDER - STOCK.ADOBE.COM

„AUS DEN AUSFÜHRUNGEN BETREFFEND DEN „GRUNDGRENZENZAUN" IST NICHT ERSICHTLICH, **WELCHES DER BESCHWERDEFÜHRERIN ZUKOMMENDE RECHT SIE ALS VERLETZT ERACHTET.**"



habe, macht sie – abgesehen davon, dass mit den allein maßgeblichen Einreichunterlagen eine gewerbliche Nutzung gerade nicht beantragt wurde – kein ihr zukommendes subjektiv-öffentliches Recht geltend. Auch mit dem Vorbringen betreffend die „Fensteranordnung“ und betreffend die Errichtung des Hauses direkt an der „Grundstücksgrenze“ einer dritten Person wurde kein der Beschwerdeführerin zukommendes subjektiv-öffentliches Recht geltend gemacht.

PARTEISTELLUNG VERLOREN

Mangels rechtzeitiger Erhebung von Einwendungen hat die Beschwerdeführerin somit ihre Parteistellung verloren. Ergänzend hielt das NÖ LVwG fest, dass, wenngleich der Spruch des angefochtenen (zweitinstanzlichen) Bescheids insofern unklar formuliert ist, als die Berufung „als unzulässig abgewiesen“ wurde, in Zusammenschau mit der Begründung der belangten Behörde kein Zweifel daran bestehen kann, dass damit die Zurückweisung der Berufung der Beschwerdeführerin mangels Parteistellung gemeint war. Da die Zurückweisung der Berufung infolge Verlustes der Parteistellung nicht als rechtswidrig erkannt werden konnte, war sohin die Beschwerde als unbegründet abzuweisen.



MAG. JANINE EICHHORN
IST MITARBEITERIN DER BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT KORNEUBURG



VORSORGE

25 JAHRE „GESUNDE GEMEINDE“

DIE MITMACH-INITIATIVE FEIERTE GEBURTSTAG.



©NLK BURCHHART

Stadtrat und Arbeitskreisleiter Karl Schmid, „Tut gut“-Geschäftsführerin Alexandra Pernsteiner-Kappl, Landesrat Martin Eichtinger, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager feierten Klosterneuburg als neuestes Mitglied der „Gesunden Gemeinde“-Familie.

„Gesunde Gemeinde“ – das bekannteste Programm der „Tut gut!“-Gesundheitsvorsorge feierte sein 25-jähriges Jubiläum. Kürzlich wurde die Stadtgemeinde Klosterneuburg in das Programm aufgenommen.
„Dass Gesundheit unser höchstes Gut ist, wird uns in Zeiten wie diesen besonders bewusst. Diese zu schützen und zu fördern, stellt eine große Herausforderung dar. Die ‚Gesunde Gemeinde‘ setzt genau hier an und unterstützt die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, einen gesünderen Lebensstil zu führen“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.
Die Gesundheitskonzepte in den „Gesunden Gemeinden“ sind an die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung angepasst. Inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren sich dabei auf die Bereiche Ernährung, Bewegung, mentale Gesundheit, Vorsorge, Medizin, Umwelt und Natur. Unterstützt werden die Arbeitskreise dabei von den „Tut gut!“-Regionalberaterinnen und -beratern.
„Klosterneuburg bietet vom Wasser bis zum Wandern in vielerlei Hinsicht ideale Rahmenbedingungen, um sich gesund und fit zu halten. Umso mehr freue ich mich über das Engagement des Arbeitskreises der ‚Gesunden Gemeinde‘ und dass wir ab sofort Teil dieses Programmes sind“, so Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager.

Info:
www. noetutgut.at/gesunde-gemeinde

WETTBEWERB



20 INNOVATIVE IDEEN ZUR DORF- UND STADTERNEUERUNG

PRÄMIERTE PROJEKTE SOLLEN VORBILDER FÜR ANDERE GEMEINDEN SEIN.

Zum zwölften Mal wurde der Ideenwettbewerb der niederösterreichischen Dorf- und Stadterneuerung durchgeführt. Aus 86 Einreichungen wurden 20 Siegerprojekte mit in Summe 150.000 Euro ausgezeichnet.
Zu den Preisträgern zählen unter anderem ein Kommunikations- und Freizeitbereich in der Buckligen Welt, ein Wohlfühlplatz für Jung und Alt in Anzendorf, der Aktivpark in St. Andrä-Wördern, das Freizeitzentrum Annaberg, die Nachbarschaftshilfe-App der Stadtgemeinde Waidhofen an der Ybbs und die digitale Infotafel in Hollenstein an der Ybbs.
Seit Beginn des Ideenwettbewerbes wurden in etwa 1.000 Ideen eingereicht und 340 umgesetzt. „Diese Ideen bringen auch andere Gemeinden weiter und werden mitgetragen“, sagt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. „Dorf, Gemeinde und der ländliche Bereich gewinnen an Bedeutung – das hat man in den vergangenen 15 Monaten der Pandemie



©NLK SCHALER

NÖ.regional-Geschäftsführer Walter Kirchler, NÖ Dorf- und Stadterneuerung-Obfrau Maria Forster, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, NÖ.regional. Geschäftsführerin Christine Lechner und der Leiter des Fachbereiches Dorf- und Stadterneuerung beim Amt der NÖ Landesregierung, Hubert Trauner.

gesehen. Dieser Trend wird bleiben und dabei sind drei Themen von zentraler Bedeutung: Digitalisierung, Mobilität und der gesellschaftliche, soziale Zusammenhalt", so Mikl-Leitner. „Vor allem der soziale Zusammenhalt macht das Dorf und die Gemeinschaft aus. Entscheidend ist, dass es Menschen gibt, die sich stark machen, andere mitnehmen und für andere etwas tun."

Maria Forster, Obfrau der NÖ Dorf- und Stadterneuerung: „In den Orten und Gemeinden gibt es viele Menschen, die auch ‚verrückte' Ideen haben. Genau diese Ideen picken wir uns als Jury heraus, wo es um etwas Besonderes geht, genau diese Projekte erzeugen ein wohlwollendes Gefühl bei den Menschen im Ort. Denn es geht immer darum, dass die Gesellschaft gestärkt wird und die Menschen zusammenkommen."

Hubert Trauner von der Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten ist „erstaunt, welche tollen Ideen hereingekommen sind. Die Ideen werden nach den Kriterien Bürgerbeteiligung, Innovationsgrad und Nachhaltigkeit beurteilt." Innovativ seien Projekte laut Trauner dann, „wenn sie von der Bevölkerung angenommen werden."

LEHRGANG

GRUNDLAGEN DER **BAUMPRÜFUNG UND BAUMPFLEGE**

AUSBILDUNG ZUM QUALIFIZIERTEN UMGANG MIT BÄUMEN.



© TOMASZ ZAJDA - STOCK.ADOBE.COM

Das Ausbildungsangebot entspricht den speziellen Anforderungen an das theoretische und praktische Wissen rund um den Baum.

Gemeinsam mit der Forstlichen Ausbildungsstätte BFW Traunkirchen und der BAUMPARTNER Arboristik GmbH hat „Natur im Garten" einen neuen Lehrgang zum Thema „Baumprüfung und Baumpflege" konzipiert.

Der Lehrgang wird ab Herbst 2021 eine Ausbildung zum qualifizierten Umgang mit Bäumen in den Siedlungsräumen und in der urbanen, nachhaltigen Waldwirtschaft entsprechend der österreichischen Baumkonvention anbieten.

Ein modularer Aufbau mit einem Grundmodul (5 Tage), einem Aufbaumodul (5 Tage) und einem Prüfungsmodul (3 Tage) für jene, die eine Zertifizierung anstreben, ist vorgesehen. Der European Tree Worker wird als Mindeststandard in die Zertifizierung einfließen. Weitere Zielsetzungen der Zusammenarbeit sind ein nachhaltiger Umgang mit Bäumen und die Behebung von Mängeln in der Baumpflege. Die Absolventinnen und Absolventen sollen eine umfassende Ausbildung erhalten, die auch einen 200-stündigen Praxisteil enthält.

Information und Anmeldung
Ort: DIE GARTEN TULLN
Termine: Modul 1: 27.09.-1.10.2021, Modul 2: 8.11.-12.11.2021
Kursbeitrag: 750 Euro pro Kurswoche
02742 / 74333
gartentelefon@naturimgarten.at
www.naturimgarten.at/veranstaltung/lehrgang-baumpruefung-und-baumpflege.html

DIE NEUEN BEZIRKSOBLEUTE DES NÖ GEMEINDEBUNDES

„IN ZUKUNFTSTRÄCHTIGE **TECHNOLOGIEN EINSTEIGEN“**



NAME ■ **LEOPOLD RAMHARTER**
BEZIRK ■ **HOLLABRUNN**
ORT ■ **PULKAU**

© FOTO: SABINE SCHNEIDER

„Der ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen, die in Zukunft noch größer werden. Daher braucht es Glasfaserausbau, Digitalisierung und neue Arbeitsformen wie Homeoffice. Nicht zuletzt muss auch auf den Klimawandel reagiert werden!“ Mit diesen deutlichen Worten unterstreicht der neue Gemeindebund-Bezirksobmann von Hollabrunn, Leopold Ramharter (57), die Arbeitsschwerpunkte in seiner neuen Funktion.
Der Bezirk befindet sich in sicheren VP-Händen: Von den 24 Gemeinden werden 22 von VP-Bürgermeistern geführt, was sich seit Jahrzehnten nicht geändert hat. In Ramharters Gemeinde Pulkau verfügt die VP über 15 von 19 Mandaten.

DIE POLIT-ZWILLINGE VON PULKAU

Leopold Ramharter ist seit Juni dieses Jahres gewählter Bezirksobmann des NÖ Gemeindebundes und folgt auch in dieser Funktion seinem Vorgänger als Bürgermeister Manfred Marihart nach.
Ramharter und Marihart sind fast als Polit-Zwillinge zu bezeichnen. 1995, bei der damaligen Gemeinderatswahl, stieg Ramharter in die Kommunalpolitik ein, wurde gleich Vizebürgermeister, während Marihart erstmals zum Bürgermeister gewählt und dann auch Bezirksobmann wurde. Fünf Gemeinderatswahlen schlug Ramharter, ehe er am 28. Juni 2019 zum Bürgermeister aufstieg.

DER AMTSTRÄGER IST HEUTE KOMMUNALMANAGER

Für die Kommunalpolitik und insbesondere das Bürgermeisteramt bringt Ramharter auch berufliche Kompetenz in Finanzangelegenheiten mit. Der Sohn eines Briefträgers und kleinen Weinbauern ist nach Besuch der Handelsschule in Retz seit 40 Jahren im Bankengeschäft tätig, das er seit Übernahme des Bürgermeisteramtes um 50 Prozent zurückgeschraubt hat.
Seine Analyse des Amtes nach 26 Jahren Kommunalpolitik ist klar und auch nicht neu: Der Bürgermeister wurde vom Amts- und Verantwortungsträger zum kommunalen Manager.
Die Bilanz in Pulkau lässt sich sehen: eine weitgehend perfekte Infrastruktur inklusive neuer Bildungseinrichtungen, die Abwanderung durch intensiven Wohnbau, Vereinsleben (42 aktive Vereine, davon allein vier Dorferneuerungsvereine und vier Feuerwehren), breiter Jugendarbeit und weiteren belebenden Aktivitäten gestoppt. Ramharter: „Nun kommt es (siehe oben) auf den Einstieg in die zukunftsträchtigen Technologien an.“ Die Gemeindebürger und insbesondere die Jugend, so der Bürgermeister, seien voll motiviert, ihr Leben vorort zu verbringen. Der oft gescholtene Begriff Heimat hat hier und anderswo im Land noch (oder wieder) einen hohen Stellenwert. „Eine gute Grundlage für mein Amt als Bürgermeister, aber auch als Bezirksobmann“, zeigt sich Ramharter zufrieden.

SCHI UND WEIN – ZWEI WELTEN IN HARMONIE

Unvergessen bleiben ihm Besuche von Bundespräsident Kirchschläger im Zusammenhang mit der Stadterhebung und die Ehrenbürgerverleihung an Landeshauptmann Pröll. „Das waren Höhepunkte in der Gemeindegeschichte, die die Menschen stolz gemacht haben“, betont der Gemeindechef und verweist nicht zuletzt auf die originelle Partnerschaft mit der Vorarlberger Schi- und Tourismusgemeinde Klösterle. Da treffen zwei Welten zusammen, „Schi und Wein“ sei das Motto, das die Gemeinden in einem west-östlichen „Dialog“ zum Vorteil und zur Freude der Menschen beider Seiten verbindet. ■■

> „BEI UNSERER PARTNERSCHAFT MIT DER VORARLBERGER GEMEINDE KLÖSTERLE **TREFFEN ZWEI WELTEN ZUSAMMEN.**“
>
> **LEOPOLD RAMHARTER**



PROF. DR. FRANZ OSWALD
EHEM. CHEFREDAKTEUR DER NÖ LANDESREGIERUNG JETZT FREIER JOURNALIST

GESCHICHTE

SO KAM ES ZUR **HORNER KOMMUNALREFORM**

ANFANG DER 1970ER JAHRE WURDE IN DEM WALDVIERTLER BEZIRK DIE ZAHL DER GEMEINDEN VON 134 AUF 20 REDUZIERT. **VON FRANZ OSWALD**

Die NÖ kommunale Strukturverbesserung 1971 – besser bekannt unter Gemeindezusammenlegungen – ist heuer 50 Jahre alt. Den meisten Landsleuten, vor allem jüngeren und mittleren Alters, ist das kaum mehr bewusst. Im Endeffekt ging die Zahl der selbstständigen Gemeinden zwischen 1965 und 1971 von 1652 auf sensationelle 573 zurück.

UNHALTBARE ZUSTÄNDE

Ein extremes Beispiel bot damals der Bezirk Horn, der zu Reformbeginn 134 Gemeinden und 156 Katastralgemeinden aufwies. Von diesen 134 hatten nur drei Gemeinden (Horn, Eggenburg, Gars) mehr als 1000 Einwohner, 131 hatten unter 1000, davon 15 unter 100 Einwohner. Nur sechs (!) verfügten über einen eigenen Amtsleiter.
Dieser Zustand war, wie in ganz Niederösterreich, aber besonders in diesem Bezirk, unhaltbar. So kam es beispielsweise vor, dass in einigen dieser Klein- und Kleinstgemeinden bei Gemeinderatswahlen die erforderliche Wahlzahl für neun Gemeinderäte nicht aufgebracht werden konnte. Ganz zu schweigen von der Finanzkraft, die keinerlei Infrastruktur – etwa Straßen, Wasser- und Kanalbauten, Bildungseinrichtungen etc. – ermöglichte. Das war den Verantwortlichen bewusst, eine Strukturänderung war aber mit erheblichen Problemen verbunden.

REFORMFREUDIGER BEZIRKSHAUPTMANN

Der damalige Bezirkshauptmann von Horn, Georg Schneider (1953-1961), ein kluger ebenso wie vorausblickender Spitzenbeamter, entwarf den Plan einer radikalen Gemeindezusammenlegung im Bezirk, um die Finanzkraft und damit die Investitionsmöglichkeiten der Gemeinden zu verbessern. In vielen zähen Gesprächen – nicht immer mit Erfolg – versuchte er, die Gemeindevertreter von der Notwendigkeit einer derartigen Reform zu überzeugen. Oft waren die Bürgermeister strikt dagegen. Die Zeit dafür war offenbar noch nicht reif. Der damalige Landeshauptmann Johann Steinböck (1894-1962), Landwirt, selbst aus dem Bezirk, sagte dazu dem ambitionierten Bezirkshauptmann einmal: „Merk dir ans, die Birn kannst brocken, wenn‘s dir scho beim Angreifen in die Hand foit.“ Eine sinnvolle Parabel.



©EMIL JOVANOV

Blick auf die im Bezirk Horn gelegene Wallfahrtskirche Maria Dreieichen in der Gemeinde Rosenburg-Mold.

ZU 80 PROZENT FREIWILLIG

Und so war es. 1964 forderte der Landtag die Landesregierung zur Gemeindereform auf. Sie erfolgte bis 1971 zu 80 Prozent freiwillig. Der Rest wurde gesetzlich fusioniert. Seitdem erlebten die kleineren und mittleren Gemeinden dank höherer Einnahmen und mit Landeshilfe einen ungeheuren Aufschwung ihrer Infrastruktur und Lebensqualität. Diese kommunale Strukturreform ist ein Erfolgsmodell – ein wichtiger Teil der Nachkriegsgeschichte Niederösterreichs.

AKADEMIE 2.1



ROBERT KNESCHKE - STOCK.ADOBE.COM

JETZT **SEMINARE UND WEBINARE** PLANEN

DAS AUSBILDUNGSPROGRAMM „MY PARTEI" GEHT IN DIE NÄCHSTE RUNDE.

Die Volkspartei Niederösterreich startet im Oktober 2021 das Ausbildungsprogramm „my partei". Bis Sommer 2022 werden spannende Seminare, exklusive Events und Veranstaltungen zur Erweiterung des persönlichen Netzwerks angeboten.
Gesucht sind junge, engagierte und interessierte Funktionärinnen und Funktionäre.
Das Programm wurde in Kooperation mit der Akademie 2.1 erarbeitet und soll das notwendige Rüstzeug für die erfolgreiche Gemeinde- und Parteiarbeit vermitteln. Die Teilnehmer werden in allen Bereichen der politischen Arbeit ausgebildet und können ihre Fähigkeiten später vor Ort in der Gemeindepartei einsetzen. Die Ausbildung eignet sich besonders für neue Gemeinderäte seit der Gemeindewahl 2020, neue Mitglieder im Gemeindeparteivorstand oder politisch Interessierte in der Gemeinde.

BEWERBUNG

Interessierte können sich bei der Gemeindeparteiobfrau bzw. bei Gemeindeparteiobmann, in der Bezirksgeschäftsstelle oder direkt unter **mypartei@vpnoe.at** melden!

SEMINARE UND WEBINARE

20.9. **Webinar „Die VPNÖ - Organisation und Wertekompass",** online

22.9. **Webinar „Mentaltrainingstool - Machen wir es wie unsere Spitzensportler" ,** online

23.9. **„Verantwortung als BGM – Sicherheit im Recht" (Spezialisierung für BGM)**
Bezirk Zwettl

25.9. **„Auftritt & Rhetorik" (Basics)**
Bezirk Lilienfeld

25.9. **„Der Finanzhaushalt in der Gemeinde"**
Bezirk Korneuburg

27.9. **„Vergaberecht für Gemeinden"**
Bezirk Korneuburg

28.9. **„Farbtyp- und Stilberatung für die politische Arbeit"**
Bezirk Mödling

5.10. **Webinar „Die Gemeindeordnung**
Die Werkzeuge im Gemeinderat (Grundlagen)" – online

7.10. **„Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit"**
Bezirk Gänserndorf

Das gesamte Angebot der Bildungsakademie ist auf der Homepage der Akademie 2.1 zu finden.

Markus Burgstaller, Geschäftsführer
02742 / 9020 – 1680
office@akademie21.at
www.akademie21.at

„LISA“ IST JETZT ÖSTERREICHWEIT UNTERWEGS

Das „Mobility Lab LISA im südlichen Weinviertel“ in Niederösterreich war Impulsgeber für das neue Netzwerk „carsharing Österreich“. Zu einem österreichweit einheitlichen Tarif können ab sofort in ganz Österreich E-Fahrzeuge ausgeborgt werden, egal ob für eine Dienstfahrt, einen Familienbesuch oder die sogenannte letzte Meile der Urlaubsreise. Die Abrechnung erfolgt dabei über den „LISA-Account“, eine Anmeldung bei einer neuen App oder Plattform ist nicht erforderlich. Zudem ist für das „LISA-E-Car-Sharing“ keine Grundgebühr notwendig.

Das Land Niederösterreich, der Verkehrsverbund Ost-Region, das Mobilitätsmanagement der NÖ.Regional und weitere Partnern unterstützten die Entwicklung des Pilotprojektes „LISA“ in der Region zwischen Gänserndorf, Wolkersdorf und Bad Pirawarth. LISA bietet in den elf Gemeinden der Bevölkerung ein vielfältiges Mobilitätsangebot mit gut strukturierten Mobilitätsstationen, die das Angebot aus öffentlichem Verkehr, E-Carsharing und Fahrrad bündeln.

www.lisamachtmobil.at



© NÖ.REGIONAL_ZBIRAL

Mit der neuen Plattform „carsharing Österreich“ können die Nutzer des „LISA Carsharing“ nun auch Fahrzeuge an 90 Standorten in ganz Österreich nutzen.

NEUES LEBEN IN DORFGEMEINSCHAFTSHÄUSERN

In der Vergangenheit war der Bau von Dorfgemeinschaftshäusern als Infrastrukturmaßnahme oftmals im Fokus von Dorferneuerungsvereinen und den Gemeinden. Diese Häuser wurden als Kommunikationsdrehscheiben gesehen und als solche bespielt. Generationsübergreifende Aktivitäten, Förderung und Aufrechterhaltung von kulturellen Gepflogenheiten waren oft im Zentrum des Tuns. Die NÖ.Regional setzt jetzt gemeinsam mit der NÖ Dorferneuerung einen thematischen Schwerpunkt zur Attraktivierung der bestehenden Dorfgemeinschaftshäuser.
„Durch die Aktion soll Bewusstsein für die vielfache, zeitgemäße Nutzung von bestehenden Dorfgemeinschaftshäusern geschaffen werden. Es kann der Treffpunkt von Kochkursen, Konzerten, Ferienspielen, Vorträgen sowie Festen sein. Die Möglichkeiten sind vielfältig“, erläutert Maria Forstner, Obfrau der NÖ Dorf- und Stadterneuerung.
NÖ.Regional-Geschäftsführerin Christine Lechner: „Für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist es eine Herzensangelegenheit, in allen Ortsteilen ihrer Gemeinden gleichwertige und lebenswerte Lebensräume zu schaffen. Das aktive Bespielen eines bestehenden Dorfgemeinschaftshauses ist eine gute Möglichkeit, einen sozialen Knotenpunkt zu schaffen. Unsere Regionalberaterinnen und Regionalberater liefern wertvolle Inputs und vernetzen Dorferneuerungsvereine für einen nachhaltigen Austausch.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten
Ferstlergasse 4
Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:
Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poyssl

Medieninhaber:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.
Prof. Dr. Franz Oswald

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0
Martin Pichler,
E-Mail: martin.pichler@kommunal.at

Martin Mravlak,
E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at

Oliver Vogel,
E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust
an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

www.hyponoe.at

Ihre Landesbank für ganz Österreich!



Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, 3100 St. Pölten, Stand 09/2020, **Werbung**

KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive.

Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich.

Ihr Ansprechpartner:

Leiter Öffentliche Finanzierungen
Dr. Christian Koch: 05 90 910
christian.koch@hyponoe.at

HYPO NOE